

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

15.11.2010 – Manfred Scheich: Die Umsetzung des EU-Vertrags von Lissabon

(Wien)

Es gilt das gesprochene Wort!

Manfred Scheich war zwischen 1993 und 1994 österreichischer Chefverhandler in den EG-Beitrittsverhandlungen, 1995 bis 1999 Ständiger Vertreter Österreichs in der EU, Mitglied der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung des Amsterdamer Vertrages und österreichischer Chefverhandler für eben diesen Vertrag sowie für die EU-Agenda 2000.

<http://www.aies.at/aies/mitarbeiter/scheich.php>

Die Staats- und Regierungschefs Europas unterzeichneten am 13. 12. 2007 den Lissabon-Vertrag und beendeten damit die mehrjährigen Verhandlungen über die institutionelle EU-Reform. Der Kommission gehören weiter 27 unabhängige Kommissare an. Der Rat setzt die Leitlinien der Gemeinschaftspolitik fest und entscheidet heute weitgehend mit qualifizierter Mehrheit. Das Europäische Parlament erfuhr einen Machtzuwachs durch Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und der Haushaltskompetenz. Der Kommissionspräsident wird auf Vorschlag der Regierungs- und Staatschefs vom Parlament „gewählt“. Die Beteiligung der nationalen Parlamente wird verstärkt, das Klagerecht des Ausschusses der Regionen ermöglicht. Durch erhöhte Betonung des Subsidiaritätsprinzips sollen EU-Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Was alles bedeutet dies aber für die Zukunft der EU?

Wichtig ist dem Botschafter der den wir zuletzt am 2. November 2009 in den Europa-Gesprächen begrüßen durften (vgl. <http://www.uni-hildesheim.de/index.php?id=6648> ), zu betonen, dass er trotz der Kritik, die er im Folgenden nicht wird vermeiden können, keine wünschenswerte Alternative zum Projekt der Europäischen Union sieht. In seinem heutigen Vortrag geht er auf den Zustand der EU nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages (1. Dezember 2009, [http://europa.eu/lisbon\\_treaty/index\\_de.htm](http://europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm) ) ein, auf aktuelle Handlungsschwierigkeiten der EU, auf die Auswirkungen der globalen Finanzkrise, auf die Erweiterungsproblematik sowie auf die Führungsfrage innerhalb der EU.

Scheich beginnt mit der Frage, ob der Lissabon-Vertrag gehalten hat, was er versprach, dh. Mehr Transparenz, mehr Demokratie und eine erhöhte Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Die Gemeinsamkeiten in der Politik und die Problemlösungseffizienz seien jedenfalls nicht besser nach Lissabon. Die Schwierigkeiten führt Scheich auf zwei Faktoren zurück:

1. Die ursprünglichen katalysatorischen Kräfte, nämlich a) die Erinnerung an die beiden Weltkriege (die die Gründerväter noch miterlebt hatten) und b) die gefühlte Bedrohung durch das kommunistische Gegensystem des Ostens ( die Panzerdivisionen des Warschauer Paktes) seien heute verschwunden. Der internationale Terrorismus evoziere keine vergleichbaren Ängste.
2. Die konsekutive Erweiterung auf nun bald 28 Mitgliedstaaten (nach Beitritt Kroatiens) erschwert die Problemlösung zunehmend. Obwohl die Erweiterung gut und richtig gewesen sei, habe man dafür einen Preis zahlen müssen: Das sozio-ökonomische Gefälle innerhalb der

EU sei eklatant gewachsen, die EU damit numerisch und qualitativ wesentlich heterogener geworden. Die Konsensfindung wird dadurch ebenso schwieriger wie auch die Herausbildung einer kollektiven EU-Identität.

Zwar gäbe es hierfür einen Lösungsansatz, so der Ex-Botschafter: Die Stärkung der supranationalen Struktur der EU. Das bedeutet jedoch, dass die Nationalstaaten radikal Kompetenzen an die Gemeinschaft abgeben müssten, doch seien die einzelnen Mitgliedstaaten und ihre Bürger dazu heute weniger bereit als je zuvor. Auch dies hat mit der geschwächten inneren Kohäsion der EU der 27 zu tun.

Die größte Herausforderung der EU sieht Scheich derzeit im Ökonomischen. Die globale Finanzkrise sowie auch die Eurokrise hatten im Redner zunächst die Hoffnung erweckt, dass dies ein Anstoß sei, eine echte Wirtschaftsunion innerhalb der EU zu schaffen – die die Grundlage für eine echte politische Union gewesen wäre. Diese Hoffnung habe sich aber nicht erfüllt. Der Euro weise, urteilt Scheich, „einen Geburtsfehler“ auf, der darin bestehe, dass Staaten mit höchst unterschiedlicher Wirtschaftsleistung in das Korsett einer gemeinsamen Währung gezwängt worden seien, ohne dass es eine wirkungsvolle Ausgleichsmöglichkeit gäbe, die früher darin bestand, dass die nationalen Währungen auf- und abgewertet werden konnten. Die Begrenzung auf max. 3% Budgetdefizit habe sich nicht als hinreichend wirksames Regulierungsmittel erwiesen. Die Spannungen wurden immer größer. Das konnte und könne auf Dauer nicht funktionieren, meint Scheich. Man müsse der Realität ins Auge sehen, dass sich die EU zunehmend zu einer „Transfer- und Haftungsunion“ mit sich wiederholenden wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen entwickeln werde.

Was könne man dagegen unternehmen? – Scheich betont, dass er kein Eurokritiker ist. Der Euro müsse natürlich gehalten werden. Auch die Schwachen müssen gehalten werden, ihr Ausschluss aus dem Euro sei keine politische Option. Also blieben nur die gigantischen Rettungsschirme, die im Falle Griechenlands bisher ihre Aufgabe erfüllt haben und nun für Irland und andere Staaten geplant sind. Die von Deutschland geforderten automatischen Sanktionen gegen diejenigen, die ihr Staatsbudget auf über 3% überziehen, waren nicht durchzusetzen. Nach wie vor obliegt es den nationalen Regierungen innerhalb des Rates, über eventuelle Strafen zu entscheiden. Dies löse jedoch den „Geburtsfehler“ nicht, so Scheich. Ob Griechenland wirklich wieder „auf die Beine“ komme, sei abzuwarten. Auch seien bereits Spannungen zwischen den starken Mitgliedstaaten zu konstatieren. Frankreich wollte, dass Deutschland weniger exportiert und dafür mehr konsumiert. Auch die USA wollten den Export begrenzen, was bedeuten würde, den freien Welthandel aufzugeben. Dies stieß in Deutschland auf energischen Widerstand. Die Frage der Ungleichgewichte bleibt aber weiter auf der Tagesordnung – innerhalb der EU und global im Rahmen der G20.

Im Folgenden wendet sich Scheich der Führungsfrage innerhalb der EU zu. Es gebe keine supranationale Führung, sondern nur intergouvernementale Entscheidungsprozesse. Ohne dies negativ bewerten zu wollen, beobachtet der ehemalige EU-Vertreter Österreichs ein wachsendes Gewicht der „Großen“ im politischen Entscheidungsprozess: Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Der Vertrag von Maastricht (inkraftgetreten am 1. November 1993,

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/economic\\_and\\_monetary\\_affairs/institutional\\_and\\_economic\\_framework/treaties\\_maastricht\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/treaties_maastricht_de.htm) ) habe hier sachliche Weichenstellungen

vorgenommen durch die Aufnahme der Projekte einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik sowie einer Wirtschafts- und Währungsunion. Im Gegensatz zur blossen Marktliberalisierung zählen aber in diesen Bereichen in besonderem Masse Gewicht und Masse – und über die verfügen, objektiv gesehen, eben nur die Großen.

Zum Stichwort „Erhöhte Transparenz“ durch Lissabon meinte Scheich nur, dass dies wohl ein schöner Traum bleibe, da gerade durch diesen Vertrag die Union strukturell noch komplexer und unübersichtlicher geworden sei.

Neue Instrumente, die der Lissabon-Vertrag geschaffen hat, müssen sich erst noch bewähren. Auch wenn das von Lady Ashton bekleidete Amt des Hohen Vertreters für Außen und Sicherheitspolitik gestärkt worden sei, sei sie keine „souveräne“ Außenministerin. 27 nationale Außenminister würden nach wie vor einstimmig beschließen, was Frau Ashton tun und sagen kann. In diesem Zusammenhang kann man sich vielerorts auch des Eindrucks nicht erwehren, dass der neue Diplomatische Dienst der EU ein vom Schwanz aufgezümmtes Pferd werde, da er nicht von einer definierten, umfassenden Gemeinsamen Außenpolitik getragen sei. Deren Verwirklichung steht noch aus. Als Optimist kann man aber hoffen, dass die alleinige Existenz eines solchen Dienstes als starker Impuls für das schrittweise Entstehen eines wirklichen gemeinsamen außenpolitischen Bewusstseins und seine Umsetzung in konkrete Politik wirken wird.

Zu künftigen Erweiterungen bemerkt Scheich, dass die EU nun an ihre Grenzen gestoßen sein dürfte. Er glaubt, dass es bei den bald 28 Mitgliedern erst einmal bleiben werde. Eher sieht der Ex-Botschafter, der selbst Mitglied entsprechender think-tanks ist, zukünftig verstärkt sogenannte Nachbarschaftsarrangements als Instrument zur Stabilisierung des Umfeldes der Union auf Basis Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft dienen werden. Diese Arrangements werden jeweils maßgeschneidert sein müssen und den Partnern die Teilnahme an einzelnen Bereichen der EU- Integration eröffnen (zb. Binnenmarkt). Ein Hauptproblem wird wiederum im Institutionellen liegen. Denn die Partnern werden legitimerweise ein gewisses Mitbestimmungsrecht in jenen Bereichen fordern, an denen sie beteiligt werden . Die EU ihrerseits muss jedoch vermeiden, dass ihre Entscheidungsautonomie untergraben wird.

Abschließend betonte der Redner, dass – wie häufig zu beobachten – Kritik an Zustand und gewissen Entwicklungen der EU nicht als Europaskepsis oder gar destruktiv abqualifiziert werden soll. Das Europäische Projekt sei zu wichtig, um nicht immer wieder in seinen Ausprägungen kritisch hinterfragt zu werden. Nur so können Schwächen rechtzeitig korrigiert, damit aber auch das Engagement der Bürger für das Projekt erhalten und gestärkt werden.